



Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

AN UNSERE FESTBEZIEHER!

Auf Grund einer schweren Erkrankung des AFP-Arbeitskreisleiters DI Herbert Drexler, ist eine Umorganisation des Wiener Arbeitskreises notwendig.

Nach wie vor bleibt **nur der WIENER BEOBACHTER** das Mitteilungsblatt für die AFP Wien, Niederösterreich und Burgenland.

Der zuständige Schriftleiter bleibt Manfred Hubral, Krauseg. 14, 1110 Wien; e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internet: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info.

Für Spenden für den Wiener Beobachter und die Jugendarbeit der AFP-Wien bitte ausschließlich um Verwendung des **PSK-Kontos 2394965**.

Unterstützen Sie bitte weiter die Arbeit der AFP in den Bundesländern und den WIENER BEOBACHTER. DANKE!

Sepp Kraßnig
Vorsitzender AFP

Konrad Windisch

Ein Zilk-Platz für Wien?

Frau Stenzel und Frau Koller streiten um den Helmut Zilk-Platz. Sehr schwierig.

Wenn zwei würdige Damen in aller Öffentlichkeit unterschiedliche Meinungen austauschen, ist Zurückhaltung geboten. Daß Dagmar Koller, die am kommenden Mittwoch einen schönen Geburtstag feiert, Mutmaßungen anstellt, ob Ursula Stenzel möglicherweise „im Wechsel“ sei, fällt etwa darunter.

Was war geschehen? Stenzel hatte angeregt, den Rathausplatz nach dem verstorbenen Bürgermeister Helmut Zilk zu benennen. Undenkbar, meint dessen Witwe, der Wiener Rathausplatz sei auch so schon weltberühmt. Aber der Albertinaplatz könne ein wenig namentliche Aufwertung vertragen. Das sehe auch der amtierende Bürgermeister Michael Häupl so. Und wenn sich der ersate Bezirk ziere, werde der auch an die Medien gehen. So wie ein Stadtoberhaupt eben regiert also.

Bei aller gebotenen Behutsamkeit: Warum braucht in dieser Stadt jeder Politiker, Schauspieler und Unterhalter, der seinen Job gemacht hat, posthum einen Platz oder eine Straße? Warum muß umbenannt werden? Es gibt doch schöne Flecken in den vom Rathaus gepriesenen Erweiterungsflächen der Stadt, in Aspern, Aspang und Co. Statt der siebten Rote-

Nelken-Gasse vielleicht. Und: Hat sich Michael Häupl schon diskret ein Plätzchen ausgesucht in Ottakring für den Tag, der hoffentlich nie kommen wird? Und Stenzel? Eine von Lokalbetreibern geräumte Gasse im ruhigen Bermudadreieck etwa? Geht das nicht im Austausch mit befreundeten Städten und Ländern? Eine Teddy-Kollek-Promenade ist angeblich in Wien in Planung. Wie wäre es mit einem kleinen „Zilk Prospect“ in Prag?

*Quelle: Die Presse.meinung v.
22.08.2009*

Attacke auf Polizei-Chef: 126 Verdächtige verhört!

Überraschende Wende im Fall des niedergestochenen Polizeidirektors von Passau: Weil zwei Zeugen nach dem mysteriösen Messer-Attentat auf Alois Mannichl am 13. Dezember 2008 einen hellen VW-Golf älteren Baujahrs und mit österreichischem Kennzeichen am Tatort beobachtet haben wollen, wurden jetzt gleich 126 Golf-Lenker aus dem Bezirk Schärding (OÖ) von der Polizei vernommen. Das Ergebnis steht noch aus.

Quelle: Heute v. 31.08.2009

*Gegner glauben uns zu
widerlegen, indem sie ihre
Meinung wiederholen und
die unsre nicht achten.*

Johann Wolfgang von Goethe

Neulich haben sich die aktuellen politischen Köpfe in Danzig versammelt, um mit der üblichen Liturgie an den sog. «Beginn des Zweiten Weltkrieges» zu erinnern, was historisch ja unzutreffend ist. Von einem «Weltkrieg» läßt sich erst mit der Konfrontation der pazifischen Mächte Japan und Vereinigte Staaten ab Dezember 1941 sprechen, es sei denn, man bewertet die schon lange davor nur formell neutrale Politik Roosevelts als eine «De-facto-Kriegführung».

Scheinbar unwichtige Präzisierungen lassen sich bei solchen Gedenktagen meist vermissen: Niemand erinnert in der «Politik» bzw. in den Massenmedien daran, daß der deutsch-polnische Konflikt keineswegs mit der Kanonade vor der Westerplatte begann. Kein Politiker, kein Kommentator will an die chauvinistische Politik führender Kreise Polens erinnern, noch an das damals teils offene, teils verhüllte Zündeln der Westmächte. Bereits vor 1935 hatte selbst Marschall Josef Pilsudski seine Landsleute vor dem Treiben «fremder Agenturen» gewarnt. Immerhin gelang es ihm, mit dem deutsch-polnischen Pakt von 1934 einen ersten Schritt zu tun gegen die blinden Hassler in seiner Umgebung, denen es nach dem Entwurf des Historikers A. Bochenski vorschwebte, mit Hilfe Englands und Frankreichs (und eigener Siege über Rußland und Deutschland) eine polnische Großmacht im Zentrum Europas zu etablieren.

Der Großkrieg 1914-18 hatte Polen auferstehen lassen, ein neuer Großkrieg sollte ihm jene territoriale Expansion nach Kiew, Berlin und Wilna hin ermöglichen, von der sie träumten. Leider träumten davon auch die Männer, die dem Marschall Pilsudski nachfolgten: Edward Rydz-Smigly und Josef Beck.

Der Rest ist Geschichte.

Geschichte ist aber auch, daß 1919 die Westmächte alles unternommen hatten, um Mitteleuropa zu einem feuergefährlichen Labyrinth zu machen - sich dabei über ihre angeblichen «Prinzipien» hinwegsetzend. In den «polnisch gewordenen» Provinzen Westpreußen und Posen lebten bis 1920 1,2 Millionen Deutsche; 1930 nur noch 350.000. Die Volksabstimmungen 1920/21 hatten ergeben: Oberschlesien 62,0 %, Niederschlesien 97,6 %, Westpreußen 92,4 %, Ostpreußen 97,9. Für Polen war der «Minderheitenschutz» der Verträge ein Papierfetzen: schon 1919 wurden in Posen Konzentrationslager für «Staatsfeinde» geschaffen (Szczyplorno und Stralkowo), deutsche Schulen wurden geschlossen, Sachgüter willkürlich enteignet. Die Gazeta Gdanska am 13.6.1926: «Alles Land, das noch im Besitz der Deutschen ist, muß den deutschen Händen entrissen werden.»

Bereits 1933 suchten polnische Politiker die Westmächte für einen Krieg gegen Deutschland zu gewinnen, 1936 intrigierte Beck in London und Paris mit demselben Ziel. In närrischer Überschätzung eigener Möglichkeiten plante Kriegsminister Kasprzycki (gegen den Rat der Franzosen) 1939 Deutschland «zu überrennen.» Polnische, britische und französische Dokumente bekunden diese Blindheit, die nicht nur Polen, sondern Europa in die Katastrophe stieß.

Um so erstaunlicher und bedenklicher, daß heute, im Jahre 2009, die Führung des leidgeprüften und von seinen westlichen Verbündeten wiederholt verratenen polnischen Volkes erneut ihr Heil in der Unterwerfung vor den anglo-amerikanischen Machtinteressen sucht, Rußland mit der Aufstellung von NATO-Raketen herausfordert und kaum Anstalten macht, von der Hybris des Chauvinismus Abstand zu gewinnen.

Die EU will mit einer neuen Einwanderungspolitik die illegale Zuwanderung in den europäischen Raum eindämmen. Dazu sollten in Zukunft die EU-Mitgliedsstaaten freiwillig mehr Flüchtlinge aufnehmen. Die Reaktionen auf diesen unsinnigen Vorschlag fallen fast durch die Bank negativ aus.

So tobte der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi und forderte für die EU-Kommissare einen Maulkorb. Weiters sagte er: „Zur Position der Kommission solle sich nur der EU-Kommissionspräsident äußern dürfen“. Der Grund für diese deftigen Vorwürfe war, daß sich ein Sprecher der EU, Dennis Abbot, dahingehend äußerte, daß man die Abschiebungspraxis von Migrant, die in Italien Zuflucht gesucht hatten, auf ihre Legalität überprüfen wolle. Diese abgeschobenen Flüchtlinge stammten sicherlich nicht aus Europa. Vielmehr waren es Flüchtlinge, und da vor allem Wirtschaftsflüchtlinge, aus Afrika.

Österreichs Innenministerin Maria Fekter ließ durch ihren Sprecher gegenüber dem Ö1 Morgenjournal ausrichten: Österreich werde freiwillig keine weiteren Flüchtlinge ansiedeln, solange die Belastung von „ins Land strömenden Asylwerbern anhalte“.

Zudem soll ein EU-Asylbüro jedes Jahr festlegen, aus welchen Regionen wie viele Flüchtlinge aufgenommen werden sollen - die EU diktiert und der Bürger hat gefälligst zu kuschen! Sollten die EU-Mitgliedsstaaten freiwillig mehr Flüchtlinge aufnehmen, werde das sogar mit Geld aus Brüssel honoriert. Wie wir jedoch alle wissen, hat die EU keine eigenen Gelder - die stammen alle samt und sonders aus Beitragszahlungen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Somit ist klar, daß die Kosten für zusätzlich aufgenommene Flüchtlinge nicht durch Gelder der EU, sondern von uns Steuerzahlern, finanziert werden.

Der Grund für die ganze Aufregung um die Migrationspolitik der EU dürfte folgender sein: Im neuen „EU-Übersiedlungs-Programm“ heißt es: Ziel der EU-Kommission ist mehr Flüchtlinge aus Krisengebieten in Europa aufzunehmen und den Betroffenen auch Schutz in „geordneter und sicherer Weise“ zu ermöglichen. Wenn es nur um die Flüchtlinge aus Krisengebieten in Europa gehen würde, könnte man das ja noch verstehen. Aber der Kommission geht es schlicht und einfach darum, vor allem Flüchtlinge aus Afrika in der EU anzusiedeln. Hinter vorgehaltener Hand wurde da schon einmal die Zahl von 20 Millionen Schwarzafrikanern genannt. Und dagegen müssen wir uns wehren. Sollte der Wunschtraum des Freimaurers Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) - Gründer der Paneuropa-Bewegung - von einem afroasiatischen Europa doch noch in Erfüllung gehen?

MH

Kurzmeldungen aus Absurdistan

Laut Focus 25/09 enthüllte der Fraktionschef der Linkspartei im sächsischen Landtag, André Hahn, eine vermeintliche „rechtsradikale Mordserie in Sachsen“. Zwölf Tote habe es laut Hahn seit 1996 durch rechtsradikale Übergriffe gegeben. Focus dazu: „Dumm nur, daß selbst Fachleute noch nie von der unglaublichen Nazi-Mordserie gehört hätten. Das sächsische LKA verzeichnet von 1990 bis 1998 fünf Tötungsdelikte mit rechtsradikalem Hintergrund - und nach 1998 kein einziges mehr. Hahns Helfer hatten in einer Statistik schlicht Ermittlungsverfahren mit Ermordeten verwechselt. Jann halt mal passieren.“

Quelle: UN 8/2009 - Seite 6

Zitat

Michael Lackner, Professor für Sinologie an der Universität Erlangen-Nürnberg, in der ‚Süddeutschen Zeitung‘: „Aus marxistischer Perspektive ist Hitler natürlich schlecht, trotzdem existiert in der chinesischen Gesellschaft eine unterschwellige Bewunderung für Hitler, der aus ihrer Sicht nur dummerweise den Krieg verloren hat.“

Die deutsche Lufthansa hat die AUA „gekauft“?

Nein, das kann man so nicht sagen. Vielmehr wurde die AUA „verschenkt“.

Hätten verantwortungsbewußte Politiker der Privatisierung der AUA schon vor Jahren zugestimmt, müßte der österreichische Steuerzahler jetzt auch noch hunderte Millionen Euro dem „Verkauf“ der AUA an die Lufthansa zuschießen. Obwohl der für die AUA zuständig gewesene Vorstand Rainer WIELTSCH schon vor Jahren eine Privatisierung der AUA als unumgänglich bezeichnete, lehnten dies Karl Heinz GRASSER und in weiterer Folge Alfred GUSENBauer vehement ab. Der Grund für diese Ablehnung war für Karl Heinz GRASSER der, weil dieser öffentliche Proteste fürchtete. Für Alfred GUSENBauer kam eine Privatisierung deshalb nicht in Frage, weil er ein doktrinärer Gegner von Privatisierungen ist. Daher kamen alle Sanierungsversuche der AUA viel zu spät.

Da nach dem „Verschenken der AUA“ an die Lufthansa nicht mehr allzu viele Staatsbeteiligungen an Unternehmen vorhanden sind, müßten die Politiker endlich reinen Tisch machen und die ÖIAG auflösen. Denn die übriggebliebenen Staatsanteile an der Post, Telekom und der OMV könnten auch von Mitarbeitern des Finanzministeriums verwaltet werden. Und zwar billiger als bisher.

MH

Aus dem Asylantenleben in Niederösterreich

Aggressionen ließen jugendliche Gewalttäter freien Lauf, Richter setzen nun ein deutliches Zeichen. Zweieinhalb Jahre muß ein in St. Pölten lebender Armenier (16) hinter Schloß und Riegel, sechs Monate soll ein im Bezirk Lilienfeld lebender Tschetschene (16) absitzen.

Lang ist die Liste der Vorwürfe im Prozeß am Landesgericht St. Pölten, und eine weiße Weste haben die Angeklagten nicht. Bedingte Strafen wurden schon verhängt, auf Einsicht hoffte man aber vergeblich.

Vor vier Jahren kam der Armenier nach Österreich. Einen Buschauffeur hat er im Februar dieses Jahres beim Traisenpark attackiert. „Wir hatten jeden Tag Stress mit ihm, haben ihn ständig auf sein Verhalten aufmerksam gemacht. Er hat seine Fahrkarte nicht vorgezeigt, Kollegen beschimpft, Busse verschmutzt“, erzählt der Buslenker. Als dieser ihn nicht einsteigen lassen wollte, verlor der Armenier jegliche Hemmung. Einem Wortgefecht folgte Handgreiflichkeit. Der 16-Jährige schlug dem Chauffeur ins Gesicht, weitere Jugendliche verpaßten ihm Tritte, der Armenier drohte mit dem Umbringen. Ähnliches mußte ein Schaffner erfahren. Für ihn setzte es einen Kopfstoß. Auch im Hallenbad in St. Pölten sind beide nicht unbekannt. „Irgendwann mußt du raus ...“ und „I schlag di deppat“ drohte man dann der Kassierin. „Ich hab’ Angst“ sagt diese. An Panikattacken leide sie nun.

Seit einem Jahr lebt der Tschetschene im Bezirk Lilienfeld. Einem Traisener verpaßte er einfach so einen Schlag ins Gesicht. „Seitdem er da ist, kommt es vermehrt zu Diebstählen“, berichtet ein Polizist.

Quelle: NÖN – Woche 32/2009

**Der Wiener Beobachter, unsere regionale Zeitschrift
Kommentare zum Zeitgeschehen, unsere überregionale
Zeitschrift**

OeNB: 200 Millionen Euro für Pensions(privilegien)vorsorge

Die „Pensionsprivilegien“ in der Nationalbank (OeNB) nehmen kein Ende. Die durchschnittliche Jahrespension beträgt 70.000 Euro. Um dies zu finanzieren, muß die Nationalbank für die nächsten zehn Jahre je 200 Millionen Euro jährlich an Reserven anlegen. Geld, das dem Eigentümer, der Republik Österreich, im Budget bitter fehlen wird.

Die Höhe der Pensionen erklärt sich daraus, daß die Mitarbeiter der Nationalbank nicht nur 80 bis 85 Prozent ihres Letztbezuges als Pension, sondern zusätzlich großzügige Betriebs-pensionen erhalten. Erst für jene Mitarbeiter, die seit 2007 zur OeNB gekommen sind, gibt es, so die Nationalbank, ein „ausschließlich beitragsorientiertes“ Pensionskassensystem.

Nach welchem Pensionskassensystem wurden denn vor dem Jahre 2007 die Pensionen der OeNB-Mitarbeiter berechnet? Und welcher ASVG-Pensionsbezieher kann schon von sich behaupten, daß er mit 80-85 % seines Letztbezuges in Pension gehen kann? Wie allseits bekannt sein dürfte, haben die Mitarbeiter der OeNB sicherlich keine mickrigen Gehälter.

Affäre: Grünes Mail hat Folgen

Der Wirbel rund um ein erschütterndes Mail vom Computer der öö. Grünen an den rechten „Bund freier Jugend“ (BfJ) zieht immer weitere Kreise. Michael Tischlinger, Chef des Amtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, bestätigt nun die „Heute“-Berichterstattung: „Das war nicht das erste Mal, daß die Grünen auf diese Art die ‚andere Seite‘ aushorchen wollten.“

Wie exklusiv berichtet, soll laut „Heute“ vorliegenden Dokumenten der Exekutive ein ausländerfeindliches E-Mail vom Computer der Grünen-Geschäftsführerin Lätitia Gratzner abgeschickt worden sein. Ziel: die Aufnahme in den Verteiler des als rechtsextrem eingestuftes BfJ. Gratzner streitet das Verschicken der Nachricht für ihre Person weiter ab und glaubt an eine Fälschung. Landeschef Rudi Anschöber hat eine technische Prüfung angekündigt, die die Herkunft der elektronischen Post klären soll.

Der Verfassungsschutz in Oberösterreich bestätigt nun jedoch grüne Versuche zur Kontaktaufnahme mit dem rechten Lager. „Sie wollten in der Vergangenheit mehrfach in Verteiler aufgenommen werden, um so die andere Seite auszuhorchen. Solche Versuche sind gang und gäbe“, erklärt Amtsleiter Tischlinger gegenüber „Heute“. Das umstrittene Mail hält der Verfassungsschützer für echt: „Das paßt alles grundsätzlich. Und: Warum sollte das Mail gefälscht sein?“

Unterdessen setzt es massive Kritik vonseiten der politischen Mitbewerber. FPÖ-Nationalrat Werner Neubauer kritisiert, „daß die Grünen offenbar in ihrem paranoiden Kampf gegen rechts vor nichts mehr zurückschrecken“. Er vermutet hinter der Mail-Aktion eine gezielte Provokation, die Jugendliche zu Straftaten anstiften sollte. Das BZÖ fordert restlose Aufklärung und will die Angelegenheit zum Thema im laufenden Untersuchungsausschuß im Parlament machen. Die Orangen planen die Vorladung Gratzners.

Quelle: „Heute“ v. 01.09.2009

Arbeitslose von morgen

Das „Schulproblem“ auf den Punkt gebracht: Ein Leserbrief aus dem linken PROFIL: „Sie haben es auf den Punkt gebracht! Als HS-Lehrer muß ich leider feststellen, daß die Frustration und das Burnout vieler Kollegen (auch meinerseits) daher rührt, daß wir schon seit Jahren damit kämpfen, sehenden Auges die Arbeitslosen von morgen zu „produzieren“. Sämtliche Hilferufe blieben bis dato unbeantwortet. Wenn man erziehen soll, braucht man Erziehungsmittel und –maßnahmen. Wenn man Leistung erbringen soll, muß man Leistung verlangen dürfen. Tatsache ist, daß alle „Reformen“ der Vergangenheit das Gegenteil dessen bewirkt haben, was die Wirtschaft und der „Markt“ heute fordern.“

Wiener Beobachter, Folge 232 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info;

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien * Verlagspostamt: 1170 Wien

Konto: 00002394965, BLZ: 60000, Dr. Horst Ludwig, 1170 Wien